

Die vertragsärztlichen und
-psychotherapeutischen Praxen in Hamburg

Sparpolitik vernichtet Praxis-Termine!

Liebe Patientinnen und Patienten,

die Bundesregierung hat ein Sparprogramm für Gesundheit beschlossen. Besonders massiv kürzt sie bei der ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung durch die Praxen – und damit direkt bei den Patient:innen.

Unsere Arbeit als niedergelassene Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen wird schon heute nicht voll bezahlt - die Praxen erhalten im Durchschnitt die Versorgung jedes fünften Patienten in Hamburg nicht vergütet.

Durch die jetzt geplante Gesetzgebung der Bundesregierung sollen den Praxen in Hamburg weitere Millionen Euro gestrichen werden – Gelder, die für die Versorgung künftig zusätzlich fehlen. So werden alle Untersuchungen und Behandlungen „gedecktelt“. Das heißt, die gesetzlichen Krankenkassen finanzieren nur noch eine begrenzte Menge an Leistungen. Was darüber hinausgeht, wird nicht bezahlt.

Was bedeutet das konkret?

- Praxen werden ihr Terminangebot stark einschränken und den zur Verfügung stehenden Mitteln anpassen müssen.
- Praxen werden ihre Kosten reduzieren müssen, z. B. indem sie Mitarbeiter:innen entlassen.
- Längere Wartezeiten auf Termine sind unausweichlich - dadurch zwingt die Politik die Patient:innen in die Selbstzahlerleistung.

Für uns ist wichtig: Sie verdienen auch in Zukunft eine gute Versorgung. Wenn die Wartezeiten für Patient:innen länger werden, liegt das nicht daran, dass wir das so wollen. Sondern daran, dass die Politik unsere Möglichkeiten einschränkt, für Sie da zu sein.

Das sog. Beitrags-Stabilisierungs-Gesetz ist ein Versorgungs-Kürzungs-Gesetz. Deshalb wehren wir uns dagegen.

Unterstützen Sie uns dabei, das Gesetz zu verhindern - schreiben Sie jetzt Ihrem Bundestagsabgeordneten!

Finden Sie hier Ihren
Wahlkreis und
Abgeordneten.



Hier finden Sie unsere
Forderungen an
die Politik.

